

## **7 Thesen zu den Aufgaben einer offensiven Gewerkschaftspolitik in der IG Metall**

### **I. Vorbemerkung**

Offensive Gewerkschaftspolitik nimmt den Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit zum Ausgangspunkt. Bei allen Veränderungen innerhalb der Arbeitsgesellschaft müssen die Beschäftigten und die Erwerbslosen auch heute von ihrer Arbeitskraft leben und haben keine Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel.

Ihre Interessen materialisieren sich in der Eigentums-, Verfügungs- und Verteilungsfrage. Sie werden aus gewerkschaftlicher Sicht primär im Rahmen von tariflichen- und betrieblichen Auseinandersetzungen bearbeitet. Diese Fragen aber auf betriebliche und tarifliche Auseinandersetzungen zu reduzieren, würde einem offensiven Politikanatz nicht gerecht. Offensive Gewerkschaftspolitik muss ein gesellschaftspolitisches Mandat für sich reklamieren und in der konkreten Politik umsetzen. Dies beinhaltet zum einen die öffentlichkeitswirksame Auseinandersetzung um Sozial- und Steuerpolitik; zum anderen auch in Zusammenarbeit mit DGB und anderen Gewerkschaften im Widerstand gegen kapitalistische Strukturen den Kampf um den Erhalt und den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur auf kommunaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Dazu gehört auch der Kampf um die Gleichstellung von Frauen, um Frieden sowie für sozial ökologischen Umbau, Demokratie und Selbstbestimmung.

Die IG Metall muss ihre Durchsetzungsmöglichkeiten und Grenzen realistisch einschätzen und beschreiben. Tut sie dies nicht, und stellt sie ihre Kraft überhöht dar, muss sie Verantwortung für gesellschaftliche Verhältnisse übernehmen, deren Gestaltung sie nur unzureichend beeinflussen kann. Es besteht die Gefahr, dass die IG Metall die Realität anders beschreibt, als sie von einem Großteil ihrer Mitglieder wahrgenommen wird und sich hierdurch von ihrer Mitgliedschaft entfernt. Letztlich kann dies zur Rechtfertigung von Verhältnissen führen, die nicht im Interesse der Mitglieder der IG Metall liegen.

### **II. Im Einzelnen**

#### **1. Antirassismus**

Wenn die Geschäftsgrundlage gewerkschaftlichen Handels der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ist, heißt das, dass Gewerkschaften sich gegen alle Spaltungslinien – angesichts der aktuellen Lage insbesondere gegen den Rassismus - wenden müssen. Das ist in der Theorie im gewerkschaftlichen Funktionärskörper Konsens. Doch in der Praxis hat sich die rechtspopulistische, zum Teil faschistische Ideologie in Teilen der Belegschaften eingenistet. Unter anderem die überdurchschnittlichen Wahlergebnisse der AfD im Arbeitermilieu belegen dies. Ein Teil der Funktionärinnen und Funktionäre stellt sich der Problematik nicht ausreichend.

Notwendig ist aber eine offensive Auseinandersetzung mit Rassismus, Neofaschismus und ihren parteipolitischen Repräsentanten, auch wenn dies nicht bei allen Mitgliedern unmittelbar auf Zustimmung trifft. Hierzu brauchen wir entsprechende Schulungen, Werbematerialien und letztlich die Bereitschaft und Fähigkeit zum öffentlichen Auftritt.

## **2. Für eine sozialökologische Wirtschafts- und Strukturpolitik**

Deutschland hat eine exportorientierte Wirtschaft. Dort werden hochwertige und weltmarktfähige Produkte gefertigt. Damit dies so bleibt, muss der sozialökologische Umbau weiter vorangetrieben werden. Dies ist zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen unerlässlich. Der Investitionsbedarf für den Umbau ist enorm. Klar ist auch, dass mittel- und langfristig Arbeitsplätze gefährdet und vernichtet werden, wenn der Umbau nicht angegangen wird und die Konzerne weiter auf Technologien und Produktionsweisen setzen, die Klimawandel und die Gefährdung unserer natürlichen Lebensgrundlagen ignorieren. Dabei müssen wir dafür Sorge tragen, dass die erhebliche Produktivkraftentwicklung durch die zunehmende digitale Vernetzung (Industrie 4.0) entsprechend genutzt wird, anstatt sie dafür zu missbrauchen, den Ausbeutungsgrad der Beschäftigten zu erhöhen und den „gläsernen Arbeitnehmer“ zu schaffen.

Inakzeptabel ist es, dass die Exportorientierung mit einer immensen Importschwäche einhergeht. In der Folge entstehen Handelsungleichgewichte, die zu krisenhaften Entwicklungen innerhalb und außerhalb Europas führen. Offensive ökologische und nachhaltige Gewerkschaftspolitik muss dem entgegen wirken. Zum einen durch Stärkung der Massenkauftkraft (Tarif-, Steuer- und Sozialpolitik), auch durch die Abschaffung prekärer Arbeitsverhältnisse, zum anderen durch eine offensive Wirtschafts- und Strukturpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Daher lehnen wir bilaterale „Frei-“, Handelsabkommen, wie TTIP, CETA und TISA, die auf die Deregulierung und Senkung der Sozial- und Umweltstandards zielen, ab. Wir wollen zu einer demokratischeren Weltwirtschaftsordnung beitragen.

Auf europäischer Ebene heißt dies, Europa muss sich neu begründen, oder es wird untergehen: Wir brauchen eine grundlegende Revision der europäischen Finanzarchitektur und der darauf basierenden Regeln innerhalb der EU, nicht zuletzt, um Strukturprogramme auflegen zu können, die einen Beitrag gegen die ökonomische und politische Schieflage in Europa leisten.

Auf nationaler Ebene heißt dies:

- Stärkung des öffentlichen Sektors, im schienenengebundenen Nah- und Fernverkehr, bei der Verkehrsinfrastruktur sowie bei der Gas-, Wasser und Energieversorgung.
- Keine Privatisierung der Autobahnen.
- Dezentraler Ausbau der regenerativen Energien.
- Stopp Atomkraft und einen Plan zum Ausstieg aus fossilen Energien.
- Ein energetisches Gebäudesanierungsprogramm.
- Verzicht auf Kurzstreckenflüge und Einschränkung von Langstreckenflügen.
- Konversionsprojekte unter Einbeziehung der Beschäftigten und Gewerkschaften.

## **3. Steuer- und Sozialpolitik**

Steuer- und Sozialpolitik sind ein wesentlicher Bestandteil der Verteilungsfrage. Die Programmatik der IG Metall zielt auf eine stärkere Belastung der finanziell Leistungsfähigen (Vermögenssteuer, Anhebung von Erbschaftssteuer- und Spitzensteuersätzen, Kapitalertragssteuer, Gewerbesteuer...). Sie zielt zudem auf den Ausbau der Sozialversicherungen, eine Verbesserung ihrer Leistungsfähigkeit und eine gerechtere

Finanzierung durch stärkere Einbeziehung der Kapitaleseite sowie die Einführung einer einheitlichen Erwerbstätigenversicherung in der Rente und einer Bürgerversicherung in der Kranken- und Pflegeversicherung. Dabei ist unerlässlich, dass jede Form der Erwerbsarbeit sozialversicherungspflichtig wird.

In der Praxis der IG Metall werden allerdings teilweise Maßnahmen protegiert, die dieser Programmatik entgegenstehen. Beispielsweise die Förderung von Entgeltumwandlung im Rahmen der Altersversorgung, die faktisch die Zweite bzw. Dritte Säule der Alterssicherung zu Lasten der ersten Säule (Gesetzliche Rente) sowie der anderen Sozialversicherungszweige privilegiert.

Offensive Gewerkschaftspolitik muss die oben genannte Programmatik in den Vordergrund stellen und weiter präzisieren (z.B. ein Niveau in der gesetzlichen Rentenversicherung, mindestens in Höhe von 53 Prozent Netto vor Steuern). Erforderlich ist ebenso der Verzicht auf den Versuch, gesetzlichen Sozialabbau durch tarifpolitische Maßnahmen zu kompensieren.

#### **4. Friedenspolitik**

In der IG Metall ist die friedenspolitische Debatte in den Hintergrund getreten. Friedenspolitische Vorstellungen spielen gegenüber Beschäftigungsinteressen innerhalb der Rüstungsindustrie nur eine untergeordnete Rolle. Von Rüstungskonversion ist kaum noch die Rede.

Gleichwohl muss eine friedliche Entwicklung in der Welt übergeordnetes Ziel sein, welches im objektiven Interesse aller Beschäftigten liegt. Gewerkschaften müssen sich engagieren,

- gegen Rüstungsexporte
- gegen die Ausweitung des Rüstungsetats
- gegen alle Strategien die auf militärische Durchsetzung geostrategischer Interessen zielen
- für Rüstungskonversionsprogramme, die die Beschäftigungsinteressen der Betroffenen berücksichtigen und eine humane Entwicklung ermöglichen.

#### **5. Tarif- und Betriebspolitik**

Die Tarifpolitik der IG Metall hat in den letzten Jahren zwar dazu geführt, dass im Bereich der Metall- und Elektroindustrie Ergebnisse oberhalb des durchschnittlichen gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachses erzielt werden konnten. Gleichwohl wurde zu ihrer Begründung auf neue Parameter (Zielinflationsrate, Trendproduktivität statt realer Inflations- und Produktivitätsentwicklung) zurückgegriffen. Die Notwendigkeit der Umverteilung durch Tarifpolitik (offensive Begründung der Umverteilungskomponente) trat in den Hintergrund. Durch die Hartz-Gesetzgebung und durch Optimierungs- und Verlagerungsdruck haben gleichzeitig Ausgliederungen und Leiharbeit zu Lasten der Stammbeschäftigten zugenommen. Dies hat den Druck auf die Tarif- und Betriebspolitik erhöht und die Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit der IG Metall geschwächt.

Aufgabe der Tarifpolitik muss es sein, die tarifpolitischen Auseinandersetzungen in ein gesamtgesellschaftliches Umverteilungskonzept (Umverteilung von Arbeitszeiten, Einkommen, Verfügungsrechten...) einzuordnen. Tarifpolitik hat zudem die Aufgabe, vorhandene gesetzliche Regelungen zu verbessern, nicht aber tarifdispositive Regelungen, wie sie im Arbeitszeitgesetz oder auch im sogenannten Betriebsrentenstärkungsgesetz enthalten, bzw. geplant sind, durch Tarifverträge zu verschlechtern. Handlungsoption muss es dabei immer sein, Umverteilung gemeinsam mit gesellschaftlicher Bewegung gegebenenfalls auch im Wege des Arbeitskampfes durch zu setzen.

Aufgabe der Tarif- und Betriebspolitik ist es zudem, der Spaltung von Belegschaften entgegen zu wirken und prekäre Beschäftigungsformen (Werkverträge, Leiharbeit, sachgrundlos befristete Beschäftigung, 450-Euro-Arbeit) zurückzudrängen.

Offensive Betriebspolitik muss einen Beitrag dazu leisten, die jeweiligen Tarifergebnisse auch tatsächlich vor Ort um zu setzen. Hierfür ist es notwendig, mit den Beschäftigten gemeinsam zu handeln. Hierzu gehört der systematische Aufbau gewerkschaftlicher Strukturen durch die Nutzung von Mitgliederversammlungen und die Bildung von Vertrauenskörpern in den Betrieben. Die Mitglieder der IG Metall, ihre Interessen und Positionen stehen dabei im Mittelpunkt des gewerkschaftlichen Handelns. Sie entwickeln mit Unterstützung der Organisation gemeinsame Ansätze und Aktivitäten zur Durchsetzung ihrer Interessen und handeln danach.

## **6. Organisationspolitik**

In den letzten Jahren ist in der IG Metall die Mitgliederentwicklung immer stärker in den Fokus gerückt worden. Dies hatte und hat seine Berechtigung, da eine mitglieder-schwache Organisation zu wenig politische Kraft hat.

Aufgabe einer offensiven Gewerkschaftspolitik im Organisationsbereich ist es gleichwohl, das Verhältnis von Mittel und Zweck in den richtigen Zusammenhang zu stellen. Die Mitgliederentwicklung ist kein Selbstzweck, sondern dient dem Ziel die Interessen der Beschäftigten wirksamer durchzusetzen. Insbesondere die Interessen von Frauen sind nach wie vor nicht ausreichend berücksichtigt. Diese Erkenntnis muss auch Konsequenzen für die Organisationspolitik der IG Metall haben. Projekte und Geschäftsstellenstrukturen dürfen nicht nur an betriebswirtschaftlichen Kriterien gemessen werden, sondern auch an ihrer gesellschaftspolitischen Funktion.

Erfolgreiche Mitgliederentwicklung steht im unmittelbaren Einklang mit einer offensiven und konfliktorischen Ausrichtung der gewerkschaftlichen Betriebs-, Tarif- und Gesellschaftspolitik.

Die Gewerkschaftliche Bildungsarbeit der IG Metall muss sich an den hier definierten gewerkschaftlichen Aufgaben orientieren. D.h., sie muss stärker als bisher den Interessengegensatz zum Ausgangspunkt nehmen und gesellschaftspolitische Fragen in den Focus rücken. Sie darf sich nicht auf die Weiterbildung der Betriebsräte reduzieren, sondern muss – auch wenn dies kostenintensiv ist – die Vertrauensleutearbeit mit höherer Priorität behandeln.

## **7. Bündnis- und Lobbypolitik**

Die Lobbykontakte der IG Metall zu Ministerien und Parlamenten sind gut ausgebaut und effizient. Gleichwohl stoßen sie an ihre Grenzen, wenn die Anliegen der IG Metall nicht durch gesellschaftliche Bewegungen unterlegt werden.

Aufgabe ist es, Kontakte zu allen demokratischen Parteien (insbesondere zu denen, die sich konstruktiv auf gewerkschaftliche Programmatik beziehen) sowie zu NGOs weiter zu entwickeln, gesellschaftliche Bewegungen aufzugreifen und im Bündnis mit allen, die am Erhalt und Ausbau des Sozialstaates interessiert sind, öffentlichkeitswirksam zu agieren. Dabei muss der DGB als Zusammenschluss der Gewerkschaften eine wichtigere Rolle spielen. Er muss politisch und finanziell gestärkt werden. Die großen gesellschafts- und sozialpolitischen Aufgaben lassen sich, trotz unterschiedlicher organisationspolitischer Interessen der einzelnen Gewerkschaften, nur gemeinsam bewältigen.

Die IG Metall muss hierbei als eine der stärksten Gewerkschaften im DGB und als außerparlamentarische Kraft wieder Sammelpunkt des gesellschaftlichen Widerstands werden und sich offensiv für eine Politik einsetzen, die die Interessen der Mehrheit der Menschen und nicht des Profits in den Mittelpunkt des politischen Handelns rückt.